

Landrätin: Gemeinden sind gefordert

BEVÖLKERUNG Ein neues Förderprogramm des Freistaats bietet Kommunen gute Voraussetzungen. Die CSU sieht trotzdem den Landkreis in der Pflicht.

VON CHRISTOF SEIDL, MZ

LANDKREIS. Der soziale Wohnungsbau wird in Bayern zum zentralen Thema. Steigende Mieten in Ballungsräumen und der Trend, im ländlichen Raum vor allem Baugebiete für Ein- und Zweifamilienhäuser auszuweisen, führen zu einem erheblichen Fehlbedarf an bezahlbarem Wohnraum. Der Freistaat hat nun ein neues Förderprogramm aufgelegt, das sich ausdrücklich an Kommunen wendet. Sie sollen flächendeckend Sozialwohnungen errichten und erhalten dabei eine Förderung von 30 Prozent auf Baukosten und Grundstücke, dazu gibt es sehr günstige Kredite. Der Eigenanteil liegt bei zehn Prozent.

Im Landkreis führt die Umsetzung dieses Programms zu Diskussionen. Landrätin Tanja Schweiger betont, dass jetzt die Kommunen gefordert seien. Der Landkreis könne bei diesem Programm nur beratend tätig werden. Im Landkreis fehlen nach ihren Angaben aktuell rund 1100 günstige Wohnungen – 700 davon für die einheimische Bevölkerung, 400 würden den Bedarf decken, der durch anerkannte Flüchtlinge und deren Familien entstehe. Das Programm sei nicht speziell auf Flüchtlinge ausgerichtet, sondern allgemein auf Menschen, die günstigen Wohnraum benötigen.

Kein Genossenschafts-Modell

Für den sozialen Wohnungsbau sind nach Angaben von Kreiskämmerer Alois Eder laut bayerischer Verfassung der Staat und die Kommunen zuständig. Der Weg über eine Genossenschaft sei nicht möglich. In der aktuellen „Wohnbaugenossenschaft für den Landkreis“ sei der Landkreis nur eines von vielen Mitgliedern (siehe Bericht auf dieser Seite). Eder sieht auch für kleinere Gemeinden die Möglichkeit, soziale Wohnbauprojekte umzusetzen. Vorstellbar wären Bauträgermodelle oder Gemeinschaftsprojekte im Rahmen eines Zweckverbands oder eine einfache Arbeitsgemeinschaft.

Grundsätzlich sehen viele Bürgermeister im Landkreis Bedarf an günstigen Wohnungen. Unterschiede gibt es bei der Frage der Umsetzbarkeit. So befürchtet der Wenzenbacher Bürger-



Der Bedarf an Sozialwohnungen (im Bild ein Objekt im Markt Lappersdorf) steigt ständig.

Foto: ldk

WOHNUNGSBAU IST THEMA IM KREISAUSSCHUSS

► **Der Kreisausschuss** behandelt in seiner Sitzung am heutigen Montag einen Antrag der zur Schaffung von 100 geförderten Wohnungen.

► **Dieser Antrag** liegt nach Angaben von CSU-Fraktions Sprecher Peter Aumer seit einem Jahr im Landratsamt zur Bearbeitung.

► **Die Sitzung** des Kreisausschusses beginnt um 16 Uhr im kleinen Sitzungssaal des Landratsamt Regensburg in der Altmühlstraße.

meister Sebastian Koch, der Landkreis könne Entwicklungen am Wohnungsmarkt verschlafen. „Wir sollten uns von dem Gedanken verabschieden, dass der Landkreis auch in Zukunft nur Häuslebauer auf großzügigen Bauparzellen beheimaten wird.“ Koch spricht sich für eine Zweckverbandsgründung durch mehrere Gemeinden mit starker Unterstützung des Landkreises aus. Der Landkreis habe unter Landrat Mirbeth einen Zweckverband zur Verkehrsüberwachung stark forciert. Etwas Ähnliches müsste auch im Wohnungsbau möglich sein. Das Thema sei mindestens ebenso drängend.

Reinhold Winter, Bürgermeister von Pfakofen, hält es für überlegenswert, dass die Gemeinde in einem der-

zeit geplanten neuen Baugebiet ein Grundstück selbst mit Sozialwohnungen bebaut. Die Entscheidung müsse aber der Gemeinderat treffen.

Wiesent plant im Ortszentrum ein Baugebiet für Mehrfamilienhäuser. Ob die Gemeinde sich dabei selbst engagieren solle, sei bisher aber überhaupt noch nicht diskutiert worden, sagte Bürgermeisterin Elisabeth Kercher auf unsere Anfrage.

„Gemeinden nicht allein lassen“

Die CSU sieht auch den Landkreis in der Pflicht: „Wir können die Gemeinden mit dieser Aufgabe nicht allein lassen und müssen als Motor den sozialen Wohnungsbau vorantreiben“, schreibt der Fraktionsvorsitzende der CSU-Fraktion im Kreistag, Peter Au-

mer, in einer Pressemitteilung. Als Beispiel, dass Landkreise sehr wohl selbst im sozialen Wohnungsbau aktiv werden können, nennt Aumer Augsburg. Die Wohnungsbau GmbH für den Landkreis Augsburg habe derzeit knapp 5000 Wohnungen im Bestand. In den nächsten vier Jahren seien zudem über 300 neue Wohneinheiten geplant. Die Wohnungen der WBL seien mit einer Kaltmiete von 4,65 Euro je Quadratmeter für Augsburger Verhältnisse sehr günstig. Nach Aumers Angaben ist der Landkreis Augsburg mit 57 Prozent an dieser GmbH beteiligt. Das Beispiel Augsburg zeigt nach Aumer Ansicht, dass der Landkreis in Sachen geförderter Wohnungsbau als Ideengeber, Moderator und Motor fungieren müsse.